

Ergänzende Angaben zum Formantrag der GRW – Modernisierung für Beherbergungsbetriebe

Antragsteller:	
Aktenzeichen:	

1. Fördervoraussetzungen für das Investitionsprogramm „Modernisierung für Beherbergungsbetriebe“

Investitionsvorhaben können nur gefördert werden, wenn:

- sich die Zahl der bei Antragstellung in der zu fördernden Betriebsstätte bestehenden Dauerarbeitsplätze (DAP) um mindestens 5 % erhöht (**Tabelle 1.1**)
oder
der Investitionsbetrag bezogen auf ein Jahr, die in den letzten 3 Jahren vor Antragstellung durchschnittlich verdienten Abschreibungen – ohne Sonderabschreibungen – um mindestens 25 % übersteigt. (**Tabelle 1.2**).

Der Gesamtbestand an Beschäftigten sowie an Dauerarbeitsplätzen (DAP) ist gemäß der nachstehenden Tabelle 1.1 darzustellen und immer auszufüllen.

Bitte beachten Sie die nachfolgenden Hinweise.

Tabelle 1.1

a) Die Angaben der tatsächlich Beschäftigten bei Antragstellung basieren auf dem <u>Lohnjournal</u> von: _____ /20 _____			
b) Betriebsübliche Wochenarbeitszeit für einen Vollzeitarbeitsplatz: _____ Std./Woche			
c) Angaben zu den Beschäftigten und Dauerarbeitsplätzen	tatsächlich im Unternehmen Beschäftigte bei Antragstellung	vorhandene DAP bei Antragstellung	mit dem Vorhaben zusätzlich zu schaffende DAP
Vollzeitarbeitsplätze: (siehe Hinweise Pkt. 1.)			
- davon Frauen:			
- davon Ausbildungsplätze:			
- davon Frauen:			
- davon befristet:			
- davon Frauen:			
- davon vorübergehend nicht besetzt:			
Teilzeitarbeitsplätze: (siehe Hinweise Pkt. 2.)			
- Std./Woche:			
- davon Frauen:			
- davon befristet:			
- davon Frauen:			
- davon vorübergehend nicht besetzt:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise Pkt. 5.)			
Saisonarbeitsplätze: (siehe Hinweise Pkt. 2.)			
- Std./Woche und Monate:			
- davon Frauen:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise Pkt. 5.)			
Leiharbeitnehmer:			
Geringfügig Beschäftigte:			
- davon Frauen:			
Insgesamt:			

Bei Erwerb einer von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte:

Beschäftigte unmittelbar vor Erwerb: _____ davon werden übernommen: _____

Hinweise:

1. Die Angaben sind gemäß Lohnjournal des Monats, in dem die Antragstellung erfolgt(e), vorzunehmen. Abweichungen sind zu begründen.
Inhaber oder Gesellschafter, die mit ihrem Haupteinkommen in der Betriebsstätte tätig sind, aber nicht im Lohnjournal geführt werden, sind ergänzend anzugeben.
2. Sofern die zuvor stehende Tabelle für die Darstellung der Arbeitsplätze, insbesondere für die Teilzeit- und/oder Saisonarbeitsplätze, nicht ausreicht, ist eine gesonderte Aufstellung ergänzend beizufügen. (siehe Anlage A)
3. **Zwischen der Zahl der Dauerarbeitsplätze (DAP) und der Zahl der Beschäftigten ist zu unterscheiden. Die Zahl der Dauerarbeitsplätze entspricht der Zahl der Vollzeitäquivalente. Arbeitsplätze, die befristet oder vorübergehend nicht besetzt sind, sind ebenfalls als Dauerarbeitsplätze anzugeben.**
4. Die Bewertung und Berücksichtigung der Arbeitsplätze erfolgt gemäß Nr. 4.5 der Richtlinie zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).
Es werden nur Ausbildungsplätze entsprechend des Berufsbildungsgesetzes oder der Handwerksordnung berücksichtigt, die auch besetzt sind.
5. Teilzeitbeschäftigte und Saisonarbeitskräfte sind zeitanteilig im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zur tariflichen oder betriebsüblichen Jahresarbeitszeit einer Vollzeitarbeitskraft zu ermitteln. Sie müssen auf Dauer bzw. jährlich wiederkehrend besetzt werden. Die Grundlage für Saisonkräfte bildet die durchschnittliche Zahl der Arbeitsplätze der letzten 12 Monate vor Antragseingang. Für die Ermittlung kann folgende Rechnung herangezogen werden:

$$\frac{\text{Tatsächliche Jahresarbeitszeit einer Teilzeit-/Saisonarbeitskraft}}{\text{Jahresarbeitszeit einer Vollzeitarbeitskraft}} = \text{anteilig berechneter Vollzeitbeschäftigter}$$

Ein Berechnungsbeispiel finden Sie jeweils für Teilzeit- und/oder Saisonarbeitsplätze auch in der Anlage A.

Hiermit bestätige(n) ich/wir die Angaben in der o. g. Tabelle vollständig und wahrheitsgetreu gemacht zu haben.

Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei Angaben über die Arbeitsplätze um subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB handelt, von denen die Gewährung der Förderung gesetzlich abhängt. Die Strafbarkeit unrichtiger oder unvollständiger Angaben über subventionserhebliche Tatsachen ist mir/uns bekannt.

Ort, Datum

Stempel u. rechtsverbindliche Unterschrift

Anlage A

A. Anlage zu ergänzenden Angaben der Dauerarbeitsplätze (falls erforderlich)

A.1. Teilzeitarbeitsplätze:	vorhandene DAP bei Antragstellung	mit dem Vorhaben zusätzlich zu schaffende DAP gem. ZWB/ÄB
1. - Std./Woche: _____		
- davon Frauen:		
- davon befristet:		
- davon vorübergehend nicht besetzt:		
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise)		
2. - Std./Woche: _____		
- davon Frauen:		
- davon befristet:		
- davon vorübergehend nicht besetzt:		
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise)		
3. - Std./Woche: _____		
- davon Frauen:		
- davon befristet:		
- davon vorübergehend nicht besetzt:		
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise)		
4. - Std./Woche: _____		
- davon Frauen:		
- davon befristet:		
- davon vorübergehend nicht besetzt:		
Umrechnung in Vollzeit-AP: (siehe Hinweise)		
Insgesamt (kumuliert):		

Bitte übernehmen Sie die kumulierten Werte für die Teilzeitarbeitsplätze in die Tabelle 1.1 in die entsprechenden Spalten.

Berechnungsbeispiel:

Ein Unternehmen hat neben Vollzeitarbeitsplätzen auch 5 Teilzeitarbeitsplätze. Davon arbeiten 3 Beschäftigte 20 Stunden/Woche (a) und 2 Beschäftigte 30 Stunden/Woche (b).

$$\frac{\text{Tatsächliche Jahresarbeitszeit einer Teilzeit-/Saisonarbeitskraft}}{\text{Jahresarbeitszeit einer Vollzeitarbeitskraft}} = \text{anteiliger berechneter Vollzeitbeschäftigter}$$

$$(a) \quad \frac{20 \text{ Stunden} \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}}{40 \text{ Stunden}^* \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}} = \frac{960}{1.920} = 0,5 \times 3 \text{ Beschäftigte} = 1,5 \text{ Dauerarbeitsplätze}$$

$$(b) \quad \frac{30 \text{ Stunden} \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}}{40 \text{ Stunden}^* \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}} = \frac{1.440}{1.920} = 0,75 \times 2 \text{ Beschäftigte} = 1,5 \text{ Dauerarbeitspl.}$$

*In den meisten Unternehmen sind für eine Vollzeitarbeitskraft 40 Stunden/Woche üblich. Gibt es hier jedoch Abweichungen, ist für die Berechnung die entsprechende Wochen-Stundenzahl des Unternehmens heranzuziehen.

A.2. Saisonarbeitsplätze:	Anzahl der Monate	vorhandene DAP bei Antragstellung	mit dem Vorhaben zusätzlich zu schaffende DAP gem. ZWB/ÄB
1. - Std./Woche: _____			
- davon Frauen:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: <i>(siehe Hinweise)</i>			
2. - Std./Woche: _____			
- davon Frauen:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: <i>(siehe Hinweise)</i>			
3. - Std./Woche: _____			
- davon Frauen:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: <i>(siehe Hinweise)</i>			
4. - Std./Woche: _____			
- davon Frauen:			
Umrechnung in Vollzeit-AP: <i>(siehe Hinweise)</i>			
Insgesamt (kumuliert):			

Bitte übernehmen Sie die kumulierten Werte für die Saisonarbeitsplätze in die Tabelle 1.1 in die entsprechenden Spalten.

Berechnungsbeispiel:

Ein Unternehmen hat neben Vollzeitarbeitsplätzen auch 5 Saisonarbeitsplätze. Davon arbeiten 3 Beschäftigte 6 Monate/Jahr und 40 Stunden/Woche (a) und 2 Beschäftigte 9 Monate/Jahr und 30 Stunden/Woche (b).

$$\frac{\text{Tatsächliche Jahresarbeitszeit einer Teilzeit-/Saisonarbeitskraft}}{\text{Jahresarbeitszeit einer Vollzeitarbeitskraft}} = \text{anteiliger berechneter Vollzeitbeschäftigter}$$

(a) $\frac{40 \text{ Stunden} \times 4 \text{ Wochen} \times 6 \text{ Monate}}{40 \text{ Stunden}^* \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}} = \frac{960}{1.920} = 0,5 \times 3 \text{ Beschäftigte} = 1,5 \text{ Dauerarbeitsplätze}$

(b) $\frac{30 \text{ Stunden} \times 4 \text{ Wochen} \times 9 \text{ Monate}}{40 \text{ Stunden}^* \times 4 \text{ Wochen} \times 12 \text{ Monate}} = \frac{1.080}{1.920} = 0,56 \times 2 \text{ Beschäftigte} = 1,12 \text{ Dauerarbeitsplätze}$

*In den meisten Unternehmen sind für eine Vollzeitarbeitskraft 40 Stunden/Woche üblich. Gibt es hier jedoch Abweichungen, ist für die Berechnung die entsprechende Wochen-Stundenzahl des Unternehmens heranzuziehen.

Tabelle 1.2 Auszufüllen bei Förderung über Abschreibungen

Geschäftsjahr (drei Jahre vor Antragstellung)	Normalabschreibungen	Sonderabschreibungen	Ergebnis vor Steuern (aus der Gewinn- und Verlustrechnung)

Ergänzend zu den Sonderabschreibungen ist darzustellen, ob diese in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position Abschreibungen oder als außerordentliche Erträge gebucht wurden.

Die Angaben sind durch den/die zuständige/n WirtschaftsprüferIn/SteuerberaterIn zu bestätigen.

Datum

(Unterschrift WirtschaftsprüferIn/SteuerberaterIn)

Tabelle 1.3 (für touristische Maßnahmen)

Anzahl der Stell-/Bettenplätze im Unternehmen	Bettenplätze	Stellplätze (bei Campingplätzen)
- zum Zeitpunkt der Antragstellung		
- nach Realisierung des Vorhabens		
davon: - mit dem Vorhaben modernisierte Stell-/Bettenplätze		
- mit dem Vorhaben neu geschaffene Stell-/Bettenplätze		
- Anzahl der Übernachtungen im Kalenderjahr nach Abschluss des Vorhabens (geschätzt)		

2. Umsatz- und Ertragsvorschau für 3 Jahre

Umsatzaufgliederung nach Geschäftsbereichen	Wirtschaftsjahr					
	20 _____		20 _____		20 _____	
	TEUR	(%)	TEUR	(%)	TEUR	(%)
- Produktion						
- Handel						
- Dienstleistungen						
- Beherbergung						
- Gastronomie						
- Sonstiges (Bitte Bezeichnung angeben.)						
Gesamtumsatz (netto)						
abzüglich Wareneinsatz						
= Rohertrag						
abzüglich Materialaufwand						
Personalaufwand						
sonstiger Aufwand						
Zinsen						
= cash flow						
abzüglich Abschreibungen						
= Betriebsergebnis						

3. Investitionsplan

Tabelle 3.1 (Bitte alle Angaben in EUR ohne Mehrwertsteuer!)

Investitionen nach Kalenderjahren	20 ____	20 ____	20 ____	20 ____	Gesamt
bei ÜBERNAHME der Betriebsstätte					
Aufgliederung des Kaufpreises					
1. Grundstück					
2. Gebäude					
3. Maschinen, Einrichtungen					
4. Immaterielle Wirtschaftsgüter					
5. Sonstiges					
Summe ÜBERNAHME					
Bitte geben Sie auch die Buchwerte des Veräußerers an, wenn Ihnen diese bekannt sind.					
bei ERRICHTUNG, ERWEITERUNG, DIVERSIFIZIERUNG, etc.					
1. Grundstück					
2. Bauliche Investitionen (nach DIN 276)					
a) Gebäude					
b) Umbauten, Einbauten					
c) Planungskosten					
d) Außenanlagen					
Summe bauliche Investitionen					
3. Maschinen, Einrichtungen					
a) neue Wirtschaftsgüter (WG) *)					
-					
-					
-					
Summe neue WG					
b) Geringwertige WG					
c) Gebrauchte WG					
Summe Maschinen, Einrichtungen					
4. Betriebsvorrat/1. Warenlager					
5. Fuhrpark					
6. Immaterielle WG					
7. Ersatzbeschaffungen					
8. Sonstige*)					
Gesamtinvestitionen					

*) ggf. Einzelaufstellung beifügen

3.2 Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung

- a) Bei **Leistungen**, die von dem die Zuwendung empfangenen Unternehmen an ein anderes mit ihm **verbundenes, verpartnertes oder über natürliche Personen verflochtenes Unternehmen** vergeben werden sollen, ist unter Hinweis auf die Verbindung die Angemessenheit der Ausgaben sicherzustellen. Hierzu ist eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen.¹

Bitte geben Sie an, ob Lieferungen und Leistungen von verbundenen, verpartnerten oder über natürliche Personen verflochtenen Unternehmen bezogen werden oder an diese vergeben werden sollen.

JA NEIN

- b) Bitte geben Sie an, ob Ihr Unternehmen aus anderen Gründen die Pflicht zur Durchführung öffentlicher Ausschreibungen hat (z. B. durch öffentliche Beteiligungen).

JA NEIN

¹ Vgl. Nr. 6.3 der Richtlinie zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)

4. Finanzierungsplan

Hinweis:

Der Beitrag des Zuwendungsempfängers aus Eigen- oder Fremdmitteln zur Finanzierung des Investitionsvorhabens muss mindestens 25 % der Kosten betragen. Dieser Mindestbeitrag darf keine öffentliche Förderung enthalten.²

4.1 Eigenbeteiligung des Antragstellers/ der Antragstellerin:	(Angaben in EUR)
Zuführung von Gesellschaftern	_____
Vorhandene liquide Mittel*)	_____
Eigenleistungen (nicht förderfähig)	_____
Mietkauf, Ratenzahlung**) _____	_____
Leasing**) _____	_____
Hausbankdarlehen (beihilfefrei) _____	_____
Sonstiges _____	_____
Summe Eigenbeteiligung (mind. 25 % der Gesamtinvestition)	=====
*) Die einzusetzenden Eigenmittel müssen dem Unternehmen für die Finanzierung des Vorhabens tatsächlich zur Verfügung stehen. Bitte reichen Sie eine entsprechende Bestätigung durch Ihren Wirtschaftsprüfer, Steuerberater oder Ihre Hausbank ein.	
**) Bei Mietkauf, Raten-/Leasingfinanzierung - <u>Fördervoraussetzung ist die Aktivierung beim Antragsteller/Nutzer</u> - ist der anteilige Zuschuss als Sonderzahlung zur Absenkung der Anschaffungskosten und damit der Mietkaufraten zu verwenden. Der Nachweis der Sonderzahlung und der analog geänderte Mietkaufvertrag sind nach Auszahlung des Zuschusses einzureichen. Der Mietkauf- bzw. Leasingvertrag für bewegliche Wirtschaftsgüter muss vorsehen, dass die geförderten Wirtschaftsgüter zum Laufzeitende erworben werden. Andere Leasingformen können bei der Förderung nicht anerkannt werden.	
Die Förderung von Wirtschaftsgütern mit der Finanzierungsform „<u>sale-and-lease-back</u>“ oder „<u>sale-and-mietkauf-back</u>“ ist im Rahmen der GRW nicht möglich.	

4.2 Öffentliche Finanzierungshilfen <u>mit</u> Beihilfeanteil:	
Öffentliche Finanzierungshilfen/Darlehen (in Summe)	_____
davon (Programmbezeichnung)	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____
Hausbankdarlehen (z. B. durch Bürgschaft gesichert)	_____
Wird eine Ausfallbürgschaft des Landes beantragt?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
beantragter Zuschuss aus der Gemeinschaftsaufgabe	_____
Gesamtfinanzierung	=====
(Gesamtfinanzierung = Gesamtinvestitionen des Vorhabens)	
Kontokorrentdarlehen	_____

² Teil II, Ziffer 2.6.4 des Koordinierungsrahmens der GRW

5. Förderintensität

Es gelten folgende maximale Fördersätze:

- 50 % für kleine Unternehmen
- 40 % für mittlere Unternehmen
- 30 % für große Unternehmen

Andere bereits erhaltene oder beantragte Subventionen würden den Förderhöchstsatz entsprechend vermindern.

6. Indikatoren

Sofern Ihr Unternehmen als **kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)** einzustufen ist, machen Sie bitte Angaben zu den nachfolgenden Kriterien.

Kriterium	Ja	nein	nähere Angaben
1. Im Rahmen des Vorhabens neu zu versiegelnde Fläche			Angabe in m ² : _____
2. Projekt mit Baugenehmigung			
3. Projekt mit Genehmigung nach BImSchG			
4. Projekt mit Umweltverträglichkeitsvorprüfung			
5. Projekt mit Umweltverträglichkeitsprüfung			
6. Anzahl von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Unter einer Maßnahme sind sachlich oder räumlich zusammenhängende Ausgleichs- und Ersatzaktivitäten zu verstehen.)			Anzahl: _____
7. Umfang der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen			Flächen in m ² : 1. _____ 2. _____ 3. _____
8. Bauvorhaben übertrifft geltende Energieeffizienzstandards deutlich (Das Energieeffizienzniveau liegt mind. 15 % unter den gesetzlichen Vorgaben. z. B. EnEV 2014)			
9. Bauvorhaben beinhaltet Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energie			